über. Die Stadt wird besetzt. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung werden vor die vollendete Tatsache gestellt. Eine insgeheim gebildete Kommission ist nach Posen weitergefahren.

Wilsons Weihnachtsbotschaft

Aus Anlaß des Weihnachtsfestes sandte Präsident Wilson folgende Botschaft an das Weiße Haus in Washington:

„Ich hoffe, daß es unsre Landsleute freuen wird, zu erfahren, daß ich ihre Kinder hier körperlich und moralisch bei guter Gesundheit angetroffen habe, und daß sie sich die Achtung aller derjenigen erworben haben, an deren Seiten sie mitten im Kriege standen, sowie das Vertrauen aller, wohin sie kommen. Ich bin auch sicher, daß sie sich ebenso über die Versicherung freuen werden, daß die öffentliche Meinung aller der großen Nationen, mit denen wir im Kriege assoziiert sind, energisch alle Vorschläge ausrecht erhält, die auf einen gerechten und dauerhaften Frieden sowie auf die enge Zusammenarbeit der Völker der Welt abzielen, die sich selbst regieren und den Frieden festigen werden, sobald die schwebenden Vereinbarungen endgültig festgesetzt sein werden. Nichts vermag mehr unser Vertrauen an diesem Weihnachtstage zu befestigen als die Gefühle, denen ich begegne und die überall die Oberhand haben."

Nach einer Havas-Meldung traf Präsident Wilson auf seiner Reise zu den amerikanischen Truppen in Chaumont ein, wo er auf dem Rathause von den Behörden bewillkommnet wurde. Der Präfekt des Departements Haute Marne teilte dem Präsidenten mit, daß eine Sammlung zur Errichtung eines englisch-amerikanischen Denkmals eröffnet worden sei und überreichte Frau Präsident Wilson als Gabe der Stadt, deren Besonderheit die Handschuherzeugung ist, eine Truhe mit Handschuhen. Danach begab sich der Präsident, von der Menge lebhaft begrüßt, zum Plateau von Langres, wo er in einer Ansprache die Soldaten zu der Art beglückwünschte, wie sie ihre Pflicht und mehr noch getan hätten, und sagte: „Ich weiß, was meine Mitbürger von mir erwarten, und bin froh, euch sagen zu können, daß kein Unterschied in den Ansichten der großen Führer besteht, mit denen zu beraten ich die Ehre habe. Die Aufgabe, die Friedensurkunde vorzulegen, ist Amerika zugefallen, eine Aufgabe, die um so leichter ist, als die beteiligten Völker diese Urkunde angenommen haben. Die ganze Welt weiß jetzt, daß die Völker, die am Kriege teilnahmen, bereit sind, das Werk zu vervollständigen, nicht nur zur Geltendmachung ihres eigenen Interesses, sondern auch zur Schaffung eines auf den dauernden Grundlagen von Recht und Gerechtigkeit gegründeten Friedens. Da der Krieg ein Krieg der Völker war, muß auch der Friede ein Friede der Völker sein. Nichts darf vernachlässigt werden, um die durch den Krieg entstandenen Fragen zu regeln."

*

Ankunft Wilsons in England

+ **Rotterdam**, 27. Dezember. (Priv.-Tel.) Wilson ist gestern in Dover angekommen. Er reiste nach London weiter, wo er auf dem Bahnhof von der königlichen Familie und den Ministern empfangen wurde. Sonnabend wird er eine Abordnung der Völkerbundunion unter Führung Greys empfangen.

Togo für die Tschechen?

Der Prager Korrespondent des „Neuen Wiener Tagblattes" erfährt, die Entente habe beschlossen, den Tschechen die frühere deutsche Kolonie Togo zu geben. Der Korrespondent erklärt, diese Nachricht aus vollkommen authentischen Kreisen erfahren zu haben. Ferner soll man in Prag beabsichtigen, von den Waggons, die Deutschland nach dem Waffenstillstandsvertrag abzuliefern hat, einen Teil für die tschechisch-slowakische Republik anzufordern.

Parteitag der tschechischen Sozialisten

In Prag beginnt heute der dreitägige Parteitag der tschechischen Sozialisten. Alle Fraktionen wollen gemeinsam entscheidenden Einfluß auf die Bildung der tschechisch-slowakischen Republik nehmen, um ihr ein sozialistisches Gepräge zu geben.

Prag—Breslau—Warschau

* **Breslau**, 27. Dezember. Schlesischen Wirtschaftskreisen ist vom tschechischen Nationalrat zu verstehen gegeben worden, daß es dem Nationalrat erwünscht wäre, wenn in absehbarer Zeit Handelsbeziehungen zwischen Schlesien und dem tschecho-slowakischen Staat in Gang kommen würden. Böhmen sei sich sehr wohl bewußt, daß der gerade Weg von Prag nach Warschau, mit dem innige Beziehungen gewünscht werden, über Breslau führe.

Die Besetzung Ungarns

× **Budapest**, 26. Dezember. (Ung. Korr.-Bureau.) Oberstleutnant Vix richtet an die ungarische Waffenstillstandskommission eine Zuschrift, worin er im Auftrage des Generals Berthelot mitteilt, daß das rumänische Oberkommando ermächtigt wäre, die Demarkationslinie zu überschreiten. Die Zuschrift betont jedoch ausdrücklich, daß die Besetzung der in der Zuschrift genannten Orte bloß provisorisch ist und solange dauert, bis die Rumänen von französischen Truppen abgelöst werden. Die in der Zuschrift bezeichneten Orte sind: Klausenburg, Fees, Szatmar, Groß-Wardein, Nagybánya, Maria Badna, Arad, Maroslita und Marmaros Sziget. Wie wir erfahren, steht die ungarische Regierung auf dem Standpunkt, daß die rumänischen Truppen, da sie an Stelle der französischen Truppen provisorisch diese Orte besetzten, verpflichtet sind, den Belgrader Waffenstillstandsvertrag vollkommen einzuhalten. Demgemäß muß in den besetzten Städten die Aufrechterhaltung der Ordnung auch weiter Aufgabe der ungarischen Truppen sein, und es muß auch die Verwaltung in ungarischen Händen bleiben. Jede andre Verfügung, also auch die Aufrechterhaltung der Ordnung betreffende Maßnahmen des Kommandanten der rumänischen Besatzungstruppen von Klausenburg verstießen gegen den Waffenstillstandsvertrag, und die ungarische Regierung erhebt dagegen Protest. Die Regierung hofft, daß bei der Besetzung der übrigen Städte eine ähnliche Verletzung des Waffenstillstandsvertrages nicht erfolgen wird.

Der Donnerstagbericht des Kriegsministeriums lautet: Die auf der Mur-Insel eingedrungenen südslawischen Truppen haben mit neuerlicher Verletzung des Waffenstillstandsvertrages Altofensza am Nordufer der Mur besetzt. Auf der Mur-Insel sind Verstärkungen für sie eingetroffen. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Oberstleutnant Vix überreichte ferner dem Ministerpräsidenten Karolyi folgende Note: „Ich habe die Ehre, in Ergänzung meiner Mitteilung vom 3. Dezember zur Kenntnis zu bringen, daß nach einer vom Kommandierenden General der Ostarmee der Alliierten erhaltenen Weisung die vom tschecho-slowakischen Staate angeforderte Grenze als die historische Grenze des slowakischen Bodens folgendermaßen festgesetzt worden ist: 1. Die gegenwärtige Nordgrenze Ungarns, 2. die Westgrenze Ungarns bis zur Donau, 3. der Lauf der Donau bis zur Mündung der Eipel/Ipoln, 4. der Lauf der Eipel bis Rima-Szombat (diese Stadt gehört zur Slowakei), 5. eine gerade Linie von Rima-Szombat bis zur Mündung des Unaflusses und 6. der Lauf der Ung bis zum Uszok-Hágos. Die endgültige Grenze wird auf der Friedenskonferenz von den Verbündeten einvernehmlich festgestellt werden. Ich bitte Euer Exzellenz, Befehl zu erteilen, daß von jetzt an die ungarischen Truppen von den in 3 bis 5 festgestellten Linien nach Süden zurückgezogen werden."

Die ungarische Regierung erblickt in der Festsetzung der Linie ein Vorgehen von brutaler Willkür. Es widerspricht in markantester Weise den historischen Grundlagen und auch dem gegenwärtigen Zustand, daß man die Besetzung so kernungarischer Städte wie Preßburg, Komorn und Kaschau auf nationaler Grundlage fordert. Eine Protestnote der Regierung wird von dem Justizminister vorbereitet und in kurzem dem Oberstleutnant Vix überreicht werden.

Heilferich gegen die Demokratische Partei

* **Berlin**, 27. Dezember. In einer von der Deutschen Volkspartei in Stralsund abgehaltenen Versammlung sprach sich der frühere Staatssekretär Dr. Heilferich für die Zusammenfassung aller Kräfte rechts von der Demokratischen Partei aus. Mit der Demokratischen Partei werde sich ein Bund nicht flechten lassen, weil sie ein Zusammengehen mit den andern Parteien nicht wünscht, sondern sich ein Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten offenhält.

Die Ausschreitungen in Hamborn

* **Essen**, 27. Dezember. In Hamborn halten streikende Bergleute das Rathaus und das Postamt besetzt. Das Rathaus wurde am Weihnachtsabend von einer mehr als tausendköpfigen Menschenmenge gestürmt, die auf den umliegenden Zechen die Bergleute gezwungen hatte, die Arbeit einzustellen. Die Polizei wurde vollständig entwaffnet, ein Polizeikommissar schwer verwundet.

Kleine Nachrichten

Der Allgemeine Deutsche Offiziersbund (Geschäftsstelle Hannover, Hammersteinstraße 6) beruft für Montag den 6. Januar einen allgemeinen Vertretertag nach Hannover ein. Der Bund will einen engen Zusammenschluß aller Offiziere und Militärbeamten zur Vertretung der beruflichen und wirtschaftlichen Interessen.

Rückkehr aus Finnland. Die letzten Dampfer aus Finnland sind an der deutschen Küste angekommen. Damit ist der Abtransport unsrer Truppen aus Finnland beendet.

Der Hetman der Ukraine Skoropadski hat nach einem Ultimatum des Direktoriums der ukrainischen Republik abgedankt. Das Direktorium ist feierlich in Kijew eingezogen.

Letzte Nachrichten und Telegramme

Wilson und die Berliner Vorgänge

g. **Genf**, 27. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Journal des Débats" meldet, Präsident Wilson hat den amerikanischen Gesandten in der Schweiz um einen eingehenden Bericht über die Vorgänge in Berlin aufgefordert, denen der Präsident größte Bedeutung für die ganze Friedensfrage beilege. Bestätige es sich, daß die deutsche Regierung offiziell eine Matrosenuebenregierung in Berlin anerkenne, so müsse die Verhandlungsfähigkeit derjenigen Faktoren in Berlin, die sich für die deutsche Regierung ausgeben, nachgeprüft werden.

kg. **Genf**, 27. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Temps" meldet: Die blutigen Vorgänge in Berlin bestätigen Frankreichs Stellungnahme bei den Alliierten, daß die jetzige deutsche Regierung, deren Dasein jeden Tag durch neue Anarchie zu Ende gehen könne, nicht verhandlungsfähig für Friedensbesprechungen irgendwelcher Art sei.

Neue Unruhen in Berlin zu erwarten

⊸ **Berlin**, 27. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Es wird als zuverlässig gemeldet, daß ein Teil der Matrosen mit dem Abkommen der jetzigen Regierung durchaus nicht einverstanden sei. Auch weitere Einzelheiten lassen es als zweifelhaft erscheinen, daß die auf den Sturz der jetzigen Reichsregierung abzielenden Unruhebewegungen beim Begräbnis der Opfer der Kämpfe des 24. Dezember von neuem zum Ausbruch kommen werden. Die Entfernung der an den Kämpfen beteiligt gewesenen regierungstreuen Truppenformationen aus Berlin ist bereits durchgeführt. In Spartakus-Versammlungen der Feiertage wurde mitgeteilt, daß der Matrosenputsch gegen die Regierung Ebert-Haase nur ein Vorspiel größerer Ereignisse sei. Das Fehlschlagen liege an der nicht genügenden Aufklärung der zurückgekehrten Frontruppen. Man werde das Versäumte nachholen und in nächster Zeit zum Endkampfe schreiten. Im übrigen werden nunmehr die Toten der letzten Kämpfe am Schloßplatz mit 60, die der Verwundeten mit 122 bekanntgegeben.

Unabhängige und Spartakus

+ **Berlin**, 27. Dezember. Die „B. Z. am Mittag" meldet: Die Unabhängige sozialistische Partei hat es abgelehnt, der Forderung der Spartakusleute nach Einberufung des Parteitages Folge zu leisten. Es ist daher mit Sicherheit zu erwarten, daß nunmehr die formelle Trennung zwischen Unabhängigen und Spartakusbund, der bisher den äußersten linken Flügel der Unabhängigen bildete, eintreten wird.

Ueber eine Viertelmillion Arbeitslose in Berlin

kg. **Berlin**, 27. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) In Groß-Berlin wurden am ersten Feiertag von den 10 größten Arbeitsnachweisen 110 000 Arbeitslose vorgemerkt. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin ist mit über 250 000 bis 300 000 anzunehmen.

Gegen den Aufenthalt Wilhelms II. in Holland

g. **Basel**, 27. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Wie aus Rotterdam gemeldet wird, ist der Ausstand der holländischen Hafenarbeiter für Anfang Januar angekündigt, falls bis dahin der deutsche Kaiser Holland nicht verlassen habe.

Das Verhalten der Entente

g. **Genf**, 27. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Journal des Débats" meldet aus Straßburg: Die Vornahme von Wahlen zur deutschen Nationalversammlung wurden im Elsaß durch den französischen Militärgouverneur untersagt.

Aus Stadt und Land

Dresden, 27. Dezember

Sitzung des A.- und S.-Rates Groß-Dresden

In der Sitzung, die der A.- und S.-Rat Groß-Dresden am Weihnachtsabend abhielt, gab Arzt, wie schon kurz mitgeteilt worden ist, einen Bericht über den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin, wobei er gewisse charakteristische Züge über den Verlauf der Tagung heraushob. Der wichtigste Beschluß der Tagung war die Anberaumung der Wahlen zur Nationalversammlung auf den 19. Januar. Erschwert wurde das Arbeiten durch wüste Radauszenen, durch Absendung von Deputationen der Berliner Regimenter, die sofortige Abstimmung über ihre Anträge verlangten, durch den Antrag, den festgewählten Kongreß durch Hinzuziehung von Liebknecht und Rosa Luxemburg zu erweitern, durch Geyers Anträge auf namentliche Abstimmungen und durch den Versuch der Hinausschiebung der Landtagswahlen. Trotz aller Widerstände ist auf dem Kongreß viel positive Arbeit geleistet worden. Sindermann beantragt, beim Landes-A- und S.-Rat zu fordern, mit den Wahlen zur Reichs-Nationalversammlung die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung zu verbinden, nicht die sächsischen Wahlen auf den 2. Februar festzusetzen, wie vom sächsischen Ministerium beschlossen worden ist. Nach längerer Aussprache wird der Antrag gegen 12 Stimmen angenommen. Ein Referat über Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsfragen wird von der Tagesordnung abgesetzt. An Stelle Kahmanns, der in den Reichsvollzugsausschuß tritt, wird zum Mitglied des Landes-A- und S.-Rates Sindermann nach längerer, zum Teil persönlich zugespitzter Aussprache gewählt.

Neuring berichtet über den Antrag des Bürgerrats Groß-Dresden, das Bürgertum in angemessener Weise an der Leitung der Landesgeschäfte teilnehmen zu lassen, und erklärt, daß dem Antrag nicht entsprochen werden könne, weil die Wahl des A. u. S.-Rates auf Grund einer Vereinbarung erfolgt ist, weil die Zusammensetzung auf Grund ordentlicher Wahlen erfolgt ist und weil die Arbeiter und Soldaten Träger der Revolution waren und ihre Vertretung bestehen bleiben muß, bis eine vom Vertrauen des Volkes getragene Regierung eingesetzt worden ist. Die Versammlung ist mit der Ablehnung des Antrages des Bürgerrates einverstanden. Zum Schluß erstattet Kühn den Bericht der Wahlprüfungskommission über den Protest der Unabhängigen gegen die Arbeiterratswahlen am 24. November, deren Ungültigkeitserklärung gefordert wird. Der Antrag der Wahlprüfungskommission, den Protest als unbeachtlich zurückzuweisen und die Wahlen für gültig zu erklären, wird gegen 6 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung: 31. Dezember 8 Uhr.

*

Teuerungszulagen und Rentenzuschläge für ehemalige Militärpersonen

Allen auf Grund der Militärversorgungsgesetze zum Empfange von Versorgungsgebührnissen berechtigten ehemaligen Militärpersonen der Unterklassen soll eine einmalige Teuerungszulage gewährt werden. Stichtag ist der 1. Januar 1919. Die Höhe der Zulage entspricht dem Betrage, der zur Zeit für den Monat Januar 1919 an laufenden Versorgungsgebührnissen, laufenden Zuwendungen und laufenden Unterstützungen für den einzelnen Versorgungsberechtigten zahlbar ist. Die Auszahlung hat gleichzeitig mit der Auszahlung der für Januar 1919 fälligen Versorgungsgebührnisse zu erfolgen.

Bis auf weiteres sollen die Bestimmungen über die Gewährung von Rentenzuschlägen mit Wirkung vom 1. Januar 1919 dahin erweitert bzw. geändert werden, daß allen auf Grund der Militärversorgungsgesetze zum Bezuge von Versorgungsgebührnissen anerkannten ehemaligen Militärpersonen der Unterklassen gewährt werden: bei einer Erwerbsunfähigkeit von 10 Prozent bis ausschl. 33⅓ Prozent ein Rentenzuschlag von 50 Prozent der Teilrente eines Gemeinen, bei einer Erwerbsunfähigkeit von 33⅓ Prozent bis ausschl. 50 Prozent ein Rentenzuschlag von 75 Prozent der Teilrente eines Gemeinen, bei einer Erwerbsunfähigkeit von 50 Prozent bis ausschl. 100 Prozent ein Rentenzuschlag von 100 Prozent der Teilrente eines Gemeinen, bei einer Erwerbsunfähigkeit von 100 Prozent ein Rentenzuschlag von 100 Prozent der Vollrente eines Gemeinen. Soweit sich unter den genannten Personen solche befinden, die nach andern Gesetzen als dem Mannschaftsversorgungsgesetz vom 31. Mai 1906 abzufinden sind, sollen die gänzlich Erwerbsunfähigen als 100 Prozent, die größtenteils Erwerbsunfähigen als 66⅔ Prozent und die teilweise Erwerbsunfähigen als 33⅓ Prozent erwerbsunfähig gelten.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1919 an können bis auf weiteres an Stelle gesetzlich nicht zuständiger Verstümmelungszulagen neben den bereits gewährten außergesetzlichen Zuwendungen folgende weitere außergesetzliche Zuwendungen an ehemalige Militärpersonen der Unterklassen gewährt werden:

1. in Höhe der einfachen Verstümmelungszulage
   a) bei schweren Entstellungen des Gesichts,
   b) bei Verlust der Zeugungsorgane,
   c) bei Verlust oder Erblindung eines Auges, trotz völliger Gebrauchsfähigkeit des andern;
2. in Höhe der dreifachen (bisher zweifachen) Verstümmelungszulage
   bei Verlust oder Erblindung beider Augen;
3. bis zur Höhe der dreifachen (bisher zweifachen) Verstümmelungszulage
   bei schwerem Siechtum oder bei Geisteskrankheit.

*

Das Los unsrer Kriegsgefangenen

Regierung und Waffenstillstandskommission haben mit allen Mitteln versucht, die beschleunigte Rückgabe der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen vom Gegner zu erwirken. Alle Anträge hat der Gegner abgelehnt. Nur eines kann heute noch fruchten: Ein Appell des deutschen Volkes an das Gewissen der Welt. An all die Hunderttausende, die sich um Vater und Gatten, um Bruder und Sohn sorgen, an die Ausgetauschten, die die Leiden der Gefangenschaft kennen, an die deutschen Frauen und alle Deutschen, die ein Herz haben für die zurückgehaltenen Brüder und Schwestern in Feindesland richtet jetzt der Reichsbund zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen einen Aufruf, in dem es heißt: „Für jeden von uns haben sie gekämpft, für jeden Blut und Freiheit eingesetzt. Darum darf keiner in der Heimat zurückstehen. Helft uns, ihnen die Freiheit wiederzugeben, nach der sie lechzen. Unser Streben hat Erfolg, wenn es von Millionen Stimmen, wenn es von dem glühenden Willen eines ganzen Volkes getragen ist. Bis der letzte Gefangene nicht den Seinen wiedergegeben ist, müssen wir für sie sorgen. Sie sollen wissen, daß die Heimat ihrer ärmsten Brüder gedenkt; reiche Gaben sollen ihre Not lindern. Sie sollen wissen, daß auch für sie der Krieg zu Ende ist, daß sie keine Sklaven mehr sind, daß auch sie ein Recht zur Mitarbeit an der politischen Neuordnung des Landes haben, für das sie kämpften und litten: Sie müssen teilnehmen an den Wahlen zur Nationalversammlung. In Nord und Süd haben sich Vereinigungen von Angehörigen der Kriegs- und Zivilgefangenen gebildet. Schon sind sie eine Macht. Aber wir wollen mehr. Es muß dahin

Kleines Feuilleton

= **Programm** für Sonnabend. Opernhaus: „Mignon", 7. — Schauspielhaus: „Faust, I.", 6. — Albert-Theater: „Christinchens Märchenbuch", 3. „Im Weißen Rößl", 7. — Residenztheater: „Der Binsenmichel", ½4. „Die Fledermaus", ½8. — Zentraltheater: „Der ersten Liebe goldne Zeit", ½4. „Wo die Lerche singt", ½8. — Volkswohltheater: „Wie Klein-Else das Christkind suchen ging", 3. „Jahrmarkt in Pulsnitz", 7.

= **Mitteilungen der Sächsischen Landestheater.** Opernhaus. Infolge Erkrankung des Herrn Fritz Vogelstrom wird am Sonnabend den 28. d. M. statt „Theophano" die Oper „Mignon" gegeben. Besetzung der Hauptrollen: Elisa Stünzner, Liesel n. Schuch, Richard Tauber, Waldemar Staegemann. Anfang 7 Uhr. — Schauspielhaus. Infolge anhaltender Erkrankung des Herrn Alfred Meyer fällt die Vorstellung „Kater Lampe" aus. Dafür wird das neue Lustspiel von Karl Rößler „Eselei" gegeben. Anfang 6 Uhr.

= **Mitteilung des Albertitheaters.** Als nächste Neuheit wird „Musik", Sittengemälde in vier Bildern von Frank Wedekind, vorbereitet. Hierfür wurde ein völlig neuartiger, dem Wesen des Werkes angepaßter szenischer Rahmen geschaffen. Erstaufführung Sonntag den 29. Dezember.

= **Zentraltheater.** Die Weihnachtsoperette heißt „Wo die Lerche singt". Das ist natürlich in der Heimat und in diesem Falle in einem ungarischen Dorfe. Eine Dorfschöne, der ein Stadtmaler den Hof macht, sehnt sich, mit ihrem Großvater in die Stadt verpflanzt, aufs Dorf zurück, und auch der Maler Sandor verfällt schnell immer wieder in die Netze der ihn umgarnenden hauptstädtischen Sängerin Vilma. Dadurch, daß ein Dorfliebhaber stets beim Anblick des Stadtmalers umgezogen wird, kommt etwas dramatisches Leben in die Geschichte der Herren Willner und Reichert, sonst bleibt die harmlose Idylle recht öde. Sie gab aber dem Komponisten Franz Lehár den erwünschten Vorwand, seine Musik ungarisch zu färben mit Gelegenheitsarbeit, abwärtsschreitendem Leitton, Zigeunerkapelle u. dgl. Ferner wurde die Lerche durch Koloraturen in der Singstimme und den Bläsern, namentlich Flöte und Klarinette, charakterisiert, und das Heimweh kam in mancher schmalzigen Stelle und einem großen Violinsolo zum Ausdruck. Da Lehár gewandt und fließend schreibt, wirkungsvoll instrumentiert und sich auf den Geschmack der Massen versteht, sein paar „Schlager", z. B. „Wer ist der Mann mit der schönen Frau", sind ihm auch gelungen), konnte er sogar dieses magere Textbuch lebensfähig gestalten. Die Aufführung war recht frisch. Maisa Langer ist als Dorflerche graziös, spielt und tanzt mit Verve, ist aber den hohen gesanglichen Anforderungen der Partie keineswegs gewachsen. Hierin übertrifft sie Maria Schneider-Plaut, wie es als Darstellerin der Sängerin ihre Pflicht ist. Otto Marié ist der leicht entzündliche Maler und Albert Probeck der obstinate Bauernbursche. Die größte Heiterkeit erzielt Arthur Klaproth (Großvater) mit seinen in klassischer Ruhe gegebenen Bauernregeln. Die andern ergänzen geschickt das Ensemble. Das Beste sind wieder die prächtigen Ensembles und die hübschen Bühnenbilder, wofür die Spielleitung Dimer Lang als verantwortlich zeichnet. Auch die musikalische Leitung Fritz Rekners ist mit Ehren zu nennen. W. Pz.

= **Ein Märchenspiel.** Aus Meißen wird uns geschrieben: Im Meißner Stadttheater wird in der Weihnachtszeit Alwin und Rolf Römers Märchenspiel „Die verwunschene Krone" aufgeführt. Das ist die Krone des Königs vom Sonnenlande, aus deren Reif der Diamant der Liebe strahlt, der alle bösen Elemente in Natur und Menschenherzen unwirksam macht. Die Krone ist aber verlorengegangen, und es ist Gefahr, daß die alte Spinnerin Bitterwurz, die alle Geister in ihrem Banne hält, die Krone finde und nun ihr Reich des Neides und der Mißgunst aufrichte. Nur der wahrhaft gute Mensch kann die versunkene Krone heben und dem trauernden König wiederbringen. Das Findelkind Friedel, an dem die alte Bitterwurz vergebens ihre Erziehungskünste übte, ist ausersehen, den Schatz zu finden; die Liebe zur traurigen Prinzessin Mingelhaar, die sein Herz wieder lachen sehen möchte, leitet ihn auf dem Wege zum tiefen Brunnen, in dem die Krone liegt. Märchenvolk hilft ihm. Der Wichtelkönig Tannenbart, der Mann im Monde, Gnomen und Elfen geistern durch die Dichtung. Und das rührende Mapunzel und der lustige Matz sorgen für Fröhlichkeit. Die anmutige Musik zu diesem feinsinnigen Märchenspiel, das die üblichen Ausstattungsstücke auf größeren Bühnen mit seiner bunten Fülle ersetzen sollte, stammt vom Meißner Kapellmeister Hans Fuchs. H. W.

= **Grabbes „Hannibal".** Aus München wird uns berichtet: Im Münchner Nationaltheater gab es eine Uraufführung von Christian Dietrich Grabbes „Hannibal" — 84 Jahre, nachdem die Tragödie entstand! Grabbe widmete die Dichtung Immermann in der Erwartung, dieser werde die in herber Prosa geschriebenen ungefügen fünf Akte auf seiner Düsseldorfer Bühne zur Aufführung bringen, aber Immermann konnte sich nicht entschließen: nicht nur, weil ihn das Bühnenwidrige des kolossalen Torso abschreckte, sondern weil ihm das Werk als Ganzes durchaus undramatisch erschien. Diese Anschauung ist bis heute in Kraft geblieben, und auch das kühne, bühnentechnisch sicherlich verdienstvolle Experiment des Münchner Nationaltheaters vermag sie nicht zu entkräften. Man darf übrigens keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß Grabbes „Hannibal" ausschließlich seiner posthumen Aktualität, nicht seiner literarischen Qualität die Ehre dieser Uraufführung verdankt. Die Parallelen, die sich von Hannibal, seinem von politischen Streitigkeiten zerrissenen Karthago, von dem Zusammenbruch eines stolzen Staatswesens und von der Niederlage eines großen Feldherrn ergeben zu Zuständen unsrer Zeit, sind so eindeutig, daß man erstaunt und zweifeln im Buche nachsieht, ob denn Grabbe sich wirklich wörtlich so ausdrückte und ob nicht etwa der geschickte Stift eines Bearbeiters retuschierte. Indessen wurde, von geringfügigen Zusammenfassungen, Umstellungen und Auslassungen abgesehen, das Werk tatsächlich wortgetreu in Grabbes Fassung gebracht. Die Sensation dieses unbewußten post festum-Schlüsselstückes war stark und hätte bei einem weniger lauen Publikum als dem Münchner noch viel heftiger sein müssen nach der Seite des Beifalls oder der Ablehnung hin. Die geleistete künstlerische Arbeit des Nationaltheaters ist durchaus anerkennenswert. Steinrück als Bearbeiter, Regisseur und Darsteller des Hannibal gab her, was er aus sich herausschlagen vermochte. Auf einer die Shakespeare- und die Künstlertheaterbühne kombinierenden Szene entfaltete er, zuweilen wohl an Reinhardt gemahnend, Massenwirkungen, zu deren Durchführung er neben einer ungeheuren Statisterie das gesamte Solopersonal des Theaters heranzog. W.

= **Zur Neugestaltung des Bühnenwesens.** Aus den Kreisen der Mitglieder des Deutschen Bühnenvereins ist die Anregung hervorgegangen, das gesamte Bühnenwesen auf freiheitlicher Grundlage neu zu gestalten. Eine Versammlung, die vor kurzem in Berlin tagte, hat beschlossen, der demnächst einzuberufenden außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins Anträge vorzulegen über Neufassung der Satzungen, Vorbereitung neuer Verträge mit der Vertretung der Bühnenangehörigen, Neueinrichtung von Schiedsgerichten und Schiedsausschüssen auf völlig paritätischer Grundlage, Regelung des künstlerischen Unterrichtswesens zu dem gesamten Theaterbetrieb, paritätische Stellenvermittlung, Regelung des Konzessionswesens. Ein durch das Präsidium des Deutschen Bühnenvereins sofort eingesetzter Betriebsausschuß hat bereits mit den Vorarbeiten begonnen.

= **Eine Sammlung von Material über die Umwälzungen in Deutschland** hat die Breslauer Universität gegründet. Das ihr eingegliederte Archiv für Wirtschaft, Recht und Verwaltung bittet um Ueberlassung von Veröffentlichungen jeder Art, Verfügungen, Aufrufe, Flugblätter usw., deren Sammlung spätere wissenschaftliche Arbeiten über die jetzige Lage ermöglichen und erleichtern. Zusendungen an die Leitung des Archivs für Wirtschaft, Recht und Verwaltung, Universität Breslau.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181228/2